

INTERVIEW. Ex-SP-Finanzminister Hannes Androsch unterstützt ÖVP-Forderung.

„Sollten Erbschaftsteuer streichen“

NEWS: Die ÖVP will die Erbschaftsteuer abschaffen. Wie denken Sie darüber?

Hannes Androsch: Nach der revolutionären Koalitionsentscheidung, neben den in Österreich schätzungsweise 40.000 illegal tätigen Pflegekräften die Zuwanderung von 800 Facharbeitern zu ermöglichen, steuert man jetzt mit Volldampf in eine neue Nebensache, nämlich eine Bagatellsteuer.

NEWS: Bundeskanzler Gusenbauer spricht immerhin von 250 Millionen Euro, weil der VfGH auch die Regelung für die Besteuerung nicht entnommener Gewinne aufgehoben hat.

Androsch: Das eine hat mit dem anderen herzlich wenig zu tun. Wir sprechen von der Erbschaftsteuer und gleichzeitig der Schenkungsteuer. Das Gesamtvolumen dieses jährlichen Steueraufkommens beträgt etwa 130 Millionen Euro. Damit befinden wir uns in einer Größenordnung von zirka 0,2 Prozent des Staatshaushaltes, es fällt somit in die Schätz- Ungenauigkeit der Steuerbudgetierung.

NEWS: Sind Sie für eine Abschaffung?

Androsch: Angesichts der Rekordsteuerbelastung, der geringen fiskalischen Bedeutung und

„Wirklich Reiche trifft es nicht. Ihr Vermögen ist in Stiftungen.“



eher nachteiligen Steuerwirkungen sollte man die Erbschaft- und Schenkungsteuer wie schon früher die Vermögen- und Gewerbesteuer – allesamt zusätzliche Einkommensbesteuerungen – streichen.



NEWS: Der Bundeskanzler meint, man sollte die Erkenntnisse des VfGH umsetzen.

Androsch: Sicherlich, fragt sich nur, wie. Eine Beibehaltung würde die Anhebung der sogenannten Einheitswerte der diesbezüglichen Steuern erfordern und damit eine wesentliche Erhöhung der Grundsteuer nach sich ziehen. Betroffen wären Häuselbauer, Wohnungsbesitzer, Landwirte, und es würde die Übergabe von Betrieben erschwert. Zum Unterschied von Finanzvermögen sind Immobilien nicht liquide, sodass eine wesentlich höhere Steuer nur durch Verkauf beglichen werden könnte. Aus solchem Stoff entstehen Steuerrevolten, jedenfalls geringere Steuerakzeptanz.

NEWS: Ist es nicht so, dass sich in erster Linie die Reichen im Lande freuen, wenn die Erbschaftsteuer wegfällt?

Androsch: Die wirklich Reichen trifft es nicht, weil die ihr Ver-

mögen im besten Fall in eine Privatstiftung in Österreich eingebracht haben, im schlechteren Fall für unser Land in der Schweiz oder in Liechtenstein. Versucht man diese Vermögen stärker zu besteuern, werden sie aus Österreich abgezogen. Damit bleibt die Erbschaftsteuer eine Frage der kleinen und mittleren Vermögen.

NEWS: Wie soll der Staat den Ausfall der Erbschaftsteuer kompensieren?

Androsch: Das Aufkommen aus diesem Titel ist so gering, dass es, wie vorhin angemerkt, keine Rolle im Budget spielt. Noch dazu, wo uns die OECD gerade den Status eines Hochsteuerlandes mit der historisch höchsten Steuerquote bescheinigt hat. Auch das Vorhaben der Regierung, eine Senkung der Lohnnebenkosten zu erreichen, hat sich durch die geplante Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge in eine Erhöhung umgekehrt.

NEWS: Kann die Erbschaftsteuer

durch eine andere Steuer kompensiert werden?

Androsch: Die Steuerbelastung ist hoch genug. In der letzten Zeit hat es sich zu einem Sport entwickelt, sich als Steuerpolitiker hervorzutun – in der Regel unbelastet von Sachkenntnis. Offenbar ist es eine Herausforderung geworden, jede Woche neue Vorschläge für Steuererhöhungen und neue Steuerbelastungen ohne Rücksicht auf internationale Zusammenhänge zu machen. Erwähnt seien dabei die Ideen für Steuern auf CO₂-Emissionen, Kerosin, Vermögen oder Börsengewinne, Wertschöpfungssteuer, Reichensteuer, erhöhte Grundsteuer, Tobinsteuer etc. Ein Spielplatz munterer politischer Aktivitäten, womit von der Lösung anstehender Probleme von Betreuungsplätzen bis zur Altenbetreuung, von der Infrastruktur bis zur Forschung und den Universitäten,

„Das Aufkommen ist so gering. Und spielt im Budget keine Rolle.“



von der Pensionssicherung bis zur effizienteren Organisation des Gesundheitswesens und einem wirkungsvollen Klimaschutz, ganz zu schweigen von einer substanziellen Bundesstaatsreform mit weniger und sinnvollerem Gesetzen und einer schlankeren Bürokratie, abgeleitet werden kann. Für alle diese Ideen gilt die steuerpolitische Weisheit: Alte Steuern sind gut, neue Steuern sind schlecht. Chamisso abgewandelt, kann man sagen: Die Steuern sind kein Spielzeug nicht.

INTERVIEW: MARKUS LEEB